

Allgemeine Mandatsbedingungen (AMB)

Die Bearbeitung eines Mandats durch die Kanzlei WWP Wiegert Werner Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mbB (im Folgenden „WWP“) erfolgt ausschließlich zu den nachfolgenden Allgemeinen Mandatsbedingungen (AMB). Entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Mandanten haben keine Geltung.

§ 1 Gegenstand und Umfang des Mandats

- (1) Gegenstand des Mandats ist die vereinbarte Dienstleistung, nicht die Herbeiführung eines bestimmten wirtschaftlichen Erfolgs. Das Mandat wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung bearbeitet. WWP prüft die Rechtssache des Mandanten sorgfältig, unterrichtet ihn über das Ergebnis der Prüfung und vertritt die rechtlichen Interessen des Mandanten gegenüber Dritten im jeweils beauftragten Umfang.
- (2) WWP legt der Bearbeitung des Mandats ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland zugrunde, soweit mit dem Mandanten nicht etwas anderes in Textform vereinbart ist.
- (3) Das WWP erteilte Mandat umfasst ausdrücklich nicht die steuerliche oder steuerrechtliche Beratung. Steuerliche Fragestellungen und Auswirkungen, die sich aus der Bearbeitung des Mandats durch WWP ergeben, hat der Mandant durch fachkundige Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) auf eigene Verantwortung prüfen zu lassen.
- (4) WWP ist berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeiter, andere Rechtsanwälte und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, ist WWP verpflichtet, vor der Heranziehung die Zustimmung des Mandanten einzuholen.
- (5) Sollte sich die Rechtslage nach Beendigung des Mandats ändern, ist WWP nicht verpflichtet, den Mandanten darauf und auf sich daraus für den Gegenstand des Mandats ergebende Folgen hinzuweisen.

§ 2 Bearbeitung des Mandats

- (1) Die Korrespondenz zwischen dem Mandanten und WWP erfolgt beiderseits grundsätzlich in Textform (§ 126b BGB). Die Textform ist eingehalten, wenn die Erklärung oder Information (Mitteilung) auf Papier (Brief, Fax), Computerfax, E-Mail, Diskette oder DVD erfolgt und sie mit der Nachbildung der Namensunterschrift oder auf andere Weise (Paraphe, Datum, Grußformel) erkennbar abgeschlossen ist.
 - a) Korrespondenz per Fax

Teilt der Mandant WWP einen Faxanschluss mit, erklärt er sich bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung damit einverstanden, dass WWP ihm über dieses Fax ohne inhaltliche Einschränkungen mandatsbezogene Mitteilungen zusendet. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät haben und dass er das Faxgerät regelmäßig auf Funktionsfähigkeit und Faxeingänge überprüft. Der Mandant ist verpflichtet, WWP diesbezügliche Einschränkungen ebenso unverzüglich mitzuteilen wie seinen Wunsch, Faxsendungen nur nach vorheriger Ankündigung zu erhalten.
 - b) Korrespondenz per E-Mail

Vorstehender § 2 Abs. 1 lit. a) gilt bei Mitteilung einer E-Mail-Adresse des Mandanten entsprechend. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsseltem E-Mail-Verkehr die Vertraulichkeit der Mitteilung nicht gewährleistet ist.

(2) Obliegenheit des Mandanten

Eine erfolgreiche Mandatsbearbeitung ist nur bei Beachtung der folgenden Obliegenheiten durch den Mandanten gewährleistet:

a) Umfassende Information

Der Mandant wird WWP über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln. Wenn im Zusammenhang mit dem Gegenstand des Mandats auf Seiten des Mandanten bereits ein Rechtsanwalt tätig geworden ist, teilt der Mandant dies WWP zu Beginn der Mandatsbearbeitung unter namentlicher Benennung des Rechtsanwalts und Angabe des Stands der Beratungsleistung mit. Der Mandant nimmt während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit WWP Kontakt mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten auf.

b) Mitteilung von Adressänderungen und Abwesenheiten

Der Mandant unterrichtet WWP unverzüglich, wenn sich seine Wohn- und Postanschrift, Telefon- und Faxnummer oder die E-Mail-Adresse ändert oder wenn er wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen dort nicht erreichbar ist.

c) Überprüfung von Entwürfen

Der Mandant überprüft die ihm von WWP übermittelten Entwürfe von Schriftsätzen und anderen Dokumenten sorgfältig darauf hin, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

(3) WWP leitet Fremdgelder und sonstige Vermögenswerte, insbesondere Wertpapiere und andere geldwerte Urkunden, unverzüglich an den Berechtigten weiter.

§ 3 Vergütungshinweis

Die Vergütung von WWP für anwaltliche Tätigkeit richtet sich nach der getroffenen Vergütungsvereinbarung. Soweit keine Vergütungsvereinbarung getroffen wird, richten sich die Gebühren für die anwaltliche Tätigkeit nach dem Gegenstandswert, in Straf- und Bußgeldsachen sowie in sozialrechtlichen und sozialgerichtlichen Angelegenheiten nach Betragsrahmen- oder Festgebühren.

§ 4 Zurückbehaltungsrecht/Aufrechnung

(1) WWP kann dem Mandanten die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Vergütung befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Vorenthaltung der Handakten oder einzelner Schriftstücke nach den Umständen unangemessen ist.

(2) Gegen den Vergütungsanspruch von WWP kann der Mandant nur mit rechtskräftig festgestellten oder unbestrittenen Forderungen aufrechnen.

§ 5 Hinweis zur Kostenerstattung bei Arbeitsrechtsmandaten

WWP weist darauf hin, dass es bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, die außergerichtlich und in erster Instanz gerichtlich geführt werden, keinen Anspruch auf Kostenerstattung gegen den Gegner gibt (§ 12a Arbeitsgerichtsgesetz). Der Mandant muss die Vergütung für die Beauftragung von WWP und sonstige Kosten stets selbst tragen. Auch bei vollem Obsiegen gibt es keine Kostenerstattung durch den Gegner.

§ 6 Verschwiegenheit

(1) WWP ist zur Verschwiegenheit berechtigt und verpflichtet. Das Recht und die Pflicht zur Verschwiegen-

heit beziehen sich auf alles, was in Ausübung des Berufes bekannt geworden ist, und bestehen nach Beendigung des Mandats fort.

- (2) Die Pflicht zur Verschwiegenheit gilt nicht, soweit die Berufsordnung oder andere Rechtsvorschriften Ausnahmen zulassen oder die Durchsetzung oder die Abwehr von Ansprüchen aus dem Mandatsverhältnis oder die Verteidigung des Rechtsanwalts in eigener Sache die Offenbarung erfordert.
- (3) Der Mandant entbindet WWP hiermit von der Verschwiegenheitspflicht im Sinne des §43a Abs. 2 BRAO, soweit dies für die Information und Aufklärung des Mandanten zur Erteilung des Einverständnisses zur ausnahmsweisen Vertretung widerstreitender Interessen (§ 3 Abs. 2 Satz 2 BORA) erforderlich ist.
- (4) WWP hat die eigenen Mitarbeiter und alle sonstigen Personen, die bei der beruflichen Tätigkeit mitwirken, ausdrücklich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 7 Datenschutz

WWP ist berechtigt, zur Verfügung gestellte personenbezogene Daten des Mandanten zu Zwecken der Bearbeitung des Mandats mit Datenverarbeitungsanlagen zu verarbeiten. Auf die u.g. „Hinweise zur Datenverarbeitung“ wird verwiesen. Diese sind Bestandteil dieser Allgemeinen Mandatsbedingungen.

§ 8 Schutz des geistigen Eigentums, Weitergabe von Arbeitsergebnissen

- (1) Der Mandant steht dafür ein, dass die im Rahmen der Mandatsbearbeitung von WWP erarbeiteten Texte wie Entwürfe, Schriftsätze, Gutachten, Aufstellungen, Verträge und Muster sowie Abbildungen nur für die Wahrnehmung seiner Rechte verwendet werden.
- (2) Die Weitergabe von Arbeitsergebnissen von WWP, ungeachtet der Form, an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung von WWP, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt. Die Weitergabe darf vorbehaltlich der ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung nur in vollem Wortlaut einschließlich der damit fest verbundenen schriftlichen Erklärung über den Zweck des Mandats, der Weitergabebeschränkung und der Haftungsbedingungen und nur dann an Dritte weitergegeben werden, wenn sich der jeweilige Dritte zuvor schriftlich mit der Geltung dieser Allgemeinen Mandatsbedingungen sowie damit einverstanden erklärt hat, das weitergegebene Arbeitsergebnis seinerseits vertraulich zu behandeln und seinerseits nicht weiterzugeben.

§ 9 Schlussbestimmung

- (1) Der Mandant wurde auf den Inhalt der Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung (DL-InfoV) hingewiesen. Ihm ist bekannt, dass er alle nach dieser Verordnung von WWP vorgehaltenen Informationen auf der Kanzleihomepage <http://www.legalnord.de/index.php?id=1> einsehen und abrufen kann.
- (2) Die Rechtsunwirksamkeit einer Bestimmung berührt die Rechtswirksamkeit der anderen Vertragsteile nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die der unwirksamen Regelung im wirtschaftlichen Ergebnis am nächsten kommt und dem Vertragszweck am besten entspricht.
- (3) Gerichtsstand für alle Ansprüche aus dem Mandatsverhältnis ist Kiel, sofern der Mandant Kaufmann im Rechtssinne, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (4) Gemäß unserer Verpflichtung nach § 36 Abs. 1 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) erklären wir, dass wir weder bereit noch verpflichtet sind, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle gem. § 2 VSBG teilzunehmen.

Hinweise zur Datenverarbeitung gem. Art. 13 und 14 DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Wiegert Werner & Partner Partnerschaft mbB, Kaistraße 101, 24114 Kiel, Deutschland, eingetragen im Partnerschaftsregister AG Kiel Nr. PR 389 KI

Email: info@legalnord.de; Telefon: +49 431 / 77 54 09 - 00; Fax: +49 431 / 77 54 09 -10

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte von WWP Wiegert Werner Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mbB ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Herrn Dr. iur. Benjamin Pfannkuch, bzw. unter info@wwp-law.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
um eine ordnungsgemäße Prüfung etwaiger Interessenkollisionen durchführen zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Im Hinblick auf die Mandate der in der Kanzlei tätigen Notare erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit c), e) DSGVO, der aus den den Notaren obliegenden Pflichten des BeurkG sowie der den Notaren übertragenen im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden wegen der Erforderlichkeit der Prüfung eines etwaigen Konflikts bei der Mandatierung nach Maßgabe von Art. 17 Abs. 3 S. 1 lit. b) DSGVO, § 43a Abs. 4 BRAO, § 3 BORA sowie § 3 BeurkG, § 14 BNotO nicht gelöscht. Andernfalls könnte die wegen der Strafandrohung des § 356 Strafgesetzbuch (Parteiverrat) erforderliche Prüfung nicht sichergestellt werden.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz, zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte und bezüglich notarieller Mandate an Urkundsbeteiligte, an durch die Urkunde betroffene Dritte, an Behörden und Gerichte, an den Gutachterausschuss sowie an Personen, deren Zustimmungserklärung zum Urkundsvollzug eingeholt werden muss oder die auf Rechte verzichten müssen. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis und die Verschwiegenheitspflicht der Notare bleiben unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@wwp-law.de.